

## > Zur Sache

### Zur Historie

Seit 1908 wird von der Hollitzer Baustoffwerke-Betriebs GmbH und ihrer Rechtsvorgänger am Standort Bad Deutsch Altenburg/Hainburg Gesteinsabbau betrieben.

1981 haben Vertreter der Stadtgemeinde Hainburg mit der Hollitzer Baustoffwerke OHG (vormalige Betreiberin) privatrechtlich vereinbart, dass der „Hainburger Grat“ mind. bis zu 300 Höhenmeter über Adria erhalten bleibt. Dies wurde in Form einer Schutzzone im damals geltenden Flächenwidmungsplan eingetragen und ist dort auch heute noch unverändert ersichtlich.

Diese Schutzzone war auch die Basis für die erweiterte Bauwidmung in der Pfaffenbergsiedlung (1982).

1990 lag ein gültiger Einstellungsbescheid der damals zuständigen Bergbaubehörde, der Bezirkshauptmannschaft Bruck/Leitha, vor. Dann wurde der Steinbruch im Zuge einer Gesetzesnovelle in die Zuständigkeit der bundesweiten Bergbaubehörde übernommen, und entgegen diesem Einstellungsbescheid wurden erweiterte Gewinnungsfelder definiert. Die Stadtgemeinde Hainburg weigerte sich unter Berufung auf die Vereinbarung aus dem Jahre 1981, die Gewinnungsfelder im Flächenwidmungsplan auszuweisen.

1997 wurde vom Steinbruchbetreiber eine umfangreiche Erweiterung im Abbauvorhaben beantragt. Diese Erweiterung würde eine Absenkung des Hainburger Grates auf eine kritische Höhe von 257m über Adria vorsehen und die 1981 vereinbarte Schutzzone zerstören.

2003 wurden vom Steinbruchbetreiber erstmals Arbeiten am Hainburger Grat durchgeführt die allgemein wahrnehmbar waren. Daraufhin kam es zu einer Bürgerversammlung und es wurde die Bürgerinitiative Pfaffenberg gegründet.

Erst 2005 wurde ein Teil der Gewinnungsfelder im Flächenwidmungsplan ausgewiesen. Eine Ausweisung des Steinbruchgebietes als Mineralstoffgewinnungsstätte fehlt nach wie vor. Auf Initiative der NÖ Umweltanwaltschaft fanden 2006 bis Ende 2010 mehr oder weniger kontinuierlich Gespräche zwischen allen Beteiligten statt.

# „Es ist Zeit, Zähne zu zeigen“

## Erhaltung des Hainburger Grates beim Steinbruch Bad Deutsch Altenburg – Die Volksbefragung steht am 31. Juli an

Mit dem kämpferischen Motto „Es ist Zeit, Zähne zu zeigen“ sendet Prof. Bernd Lötsch der Bürgerinitiative Pfaffenberg moralische Unterstützung für die Aktivitäten zur Erhaltung des Hainburger Grates beim Steinbruch Bad Deutsch Altenburg. Nächster wichtiger Schritt auf diesem Weg, vor Ablauf einer Verjährungsfrist im August des Jahres, ist die Volksbefragung am kommenden Sonntag. Damit soll den Gemeindevertretern der Auftrag erteilt werden, die Steinbruchbetreiber zur Einhaltung einer lange vereinbarten Schutzzone zu verpflichten.

BAD DEUTSCH ALTENBURG (lam). Gerald Putz von der Bürgerinitiative Pfaffenberg schätzt die Unterstützung durch die Stadtgemeinde, sieht sich und seine Mitstreiter aber oft auch für Aufgaben vorgeschoben, die eigentlich der Gemeinde zustünden. Schließlich ist eines der wesentlichen Dokumente, auf die sich die Aktivisten stützen, eine Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde und Vertretern des damaligen Steinbruchbetreibers zur Erhaltung eines Grates in Richtung Hainburg in einer Höhe von 300 m über Adria und einer Schutzzone zwischen dem Steinbruch und dem Siedlungsgebiet am westlichen Ortsrand von Hainburg. Diese Vereinbarung fand auch in den Flächenwidmungsplan Eingang und ist darin immer noch festgelegt. Nach einer Absenkung des Grates, wie von den Steinbruchbetreibern geplant, befürchten die Mitglieder der Bürgerinitiative nicht absehbare Auswirkungen auf das gesamte Stadtgebiet von Hainburg, mit massiven Staub- und Lärmbelastungen, aber auch Veränderungen der Windverhältnisse und des Mikroklimas.



Bernd Wanivenhaus (links) und Franz Schalko vom Steinbruchbetreiber in Bad Deutsch Altenburg stellten sich der Diskussion im Rahmen der Infoveranstaltung letzte Woche zur Volksbefragung zum Erhalt des „Hainburger Grates“. Fotos: Laminger

### Infoveranstaltung letzten Freitag

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative am vergangenen Freitag wird diese Vereinbarung aber von Bernd Wanivenhaus, Umweltmanager des jetzigen Abbau-Pächters, als nicht bindend angesehen. Franz Schalko, ebenfalls vom Steinbruchpächter, sieht diese Vereinbarung aus dem Jahr 1981 überhaupt als ungültig an, da seiner Meinung nach die Unterzeichner nicht berechtigt gewesen waren.

Während die besorgten Hainburger Bürger nun vor der Verjährungsfrist von 30 Jahren veranlassen möchten, dass dieser privatrechtliche Vertrag von der Gemeinde notfalls auf dem Rechtsweg durchgesetzt werden soll sehen sie im Gegenzug die dem Steinbruchbetrieb zugrunde liegende Abbaugenehmigung zumindest als fraglich an. Gerne möchte man diesen Abbaubescheid sehen, was aber von der Behörde auf Veranlassung der jetzigen Steinbruchbetreiber bislang verweigert worden ist.



Manfred Gürth (links) und Gerald Putz von der Bürgerinitiative Pfaffenberg pochen auf die Einhaltung der Vereinbarung von 1981 zur Erhaltung der Schutzzone zwischen Steinbruch und dem Siedlungsgebiet Hainburgs.

### Klärung der letzten noch offenen Fragen

Nach einem langjährigen Weg, bei dem bereits im Dialog auch viele positive Veränderungen wie Verschiebungen von Abbauphasen und der Einsatz schonenderer Sprengmethoden durch die Bürgerinitiative erreicht werden konnten, scheint nun eine Klärung der letzten offenen Fragen nur mehr durch gehörigen Druck auf Gemeinde und Steinbruchbetreiber möglich.

### Volksbefragung am 31. Juli

Daher rufen Gerald Putz, Manfred Gürth und ihre Mitstreiter die Gemeindebürger auf, zum Schutz aller Bürger gegen die Belastungen durch den Steinbruch Bad Deutsch Altenburg zur Volksbefragung am 31. Juli zu gehen und den Gemeindevertretern damit rechtzeitig vor der Verjährung des Vertrages zu zeigen, dass eine Einforderung und notfalls auch ein Einklagen der Vereinbarung zur Erhaltung der Schutzzone gewünscht wird.